

Presse

Aufschwung legt Verschnaufpause ein

- Geringe Rezessionsgefahr in Deutschland trotz erheblicher Konjunkturrisiken
- 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum 2012 nach Delle im Winterhalbjahr
- Auseinanderbrechen der Währungsunion würde in Deutschland 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mindestens 1 Million Arbeitsplätze kosten

Die Konjunkturrisiken haben infolge der Schuldenkrise zwar erheblich zugenommen, die jüngste Entwicklung ist jedoch nicht als den Beginn einer Rezession, sondern allenfalls als eine vorübergehende Wachstumspause zu sehen. Wahrscheinlicher ist sogar, dass die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2011 weiterhin leicht wächst. „Hierfür spricht vor allem die weiterhin günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Nach wie vor entstehen Monat für Monat mehrere Zehntausend zusätzliche Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft. Dies schafft Einkommen und erhöht angesichts tendenziell rückläufiger Inflationsraten auch die Kaufkraft. Eine Konsumschwäche ist von daher wenig wahrscheinlich“, sagte Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz. Auch für die anderen Bereiche der Binnennachfrage sehen die Perspektiven überwiegend günstig aus. Die außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen fördern die Bautätigkeit erheblich. Angesichts der hohen Auslastung der Kapazitäten ist eine weiterhin kräftige Investitionsnachfrage zu erwarten, sofern es allerdings nicht zu einer grundlegenden Verunsicherung hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft kommt. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die deutsche Wirtschaft um 1,5 Prozent wachsen.

Weltkonjunktur verliert an Schwung

Die Weltkonjunktur hat in der ersten Jahreshälfte 2011 an Schwung verloren. Durch die beginnende Rückführung der teils sehr hohen Budgetdefizite in den Industrieländern und der graduellen Normalisierung der Geldpolitik insbesondere in den Schwellenländern konnte das hohe Expansionstempo des Jahres 2010 nicht gehalten werden. Hinzu kamen in den ersten Monaten dieses Jahres jedoch zusätzlich dämpfende Effekte. Der Kaufkraftverlust infolge des ausgeprägten Rohstoffpreisanstiegs verhinderte in den Industrieländern, dass sich der Übergang auf ein stärker von der privaten Nachfrage getragenes Wachstum vollziehen konnte. Darüber hinaus hatten die Produktionsunterbrechungen in Japan infolge der Naturkatastrophe und des Reaktorunfalls im März vor allem über die Beeinträchtigung internationaler Wertschöpfungsketten globale Rückwirkungen. Von diesem ungünstigeren Gesamtumfeld war die Industrie besonders betroffen. Die Expansion der globalen Industrieproduktion kam im zweiten Quartal zum Erliegen. Die regional breit angelegte

Schwäche übertrug sich auf den internationalen Warenaustausch, der im Vergleich zum ersten Quartal sogar leicht nachgab.

Weiterhin robuster deutscher Arbeitsmarkt

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge der Konjunkturabkühlung der Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland in den nächsten Monaten zumindest vorübergehend zu einem Stillstand kommt. Dennoch dürfte die Beschäftigung weiterhin leicht zunehmen. In den Wintermonaten 2011/2012 wird die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich auf 3,1 bis 3,2 Millionen ansteigen, aber bereits in den Frühjahrsmonaten 2012 die Grenze von 3 Millionen wieder unterschreiten. „Sofern es nicht zu einem stärkeren Konjunkturrückschlag als von uns erwartet kommt, dürfte sich der Arbeitsmarkt als robust erweisen. Für den Jahresdurchschnitt 2012 rechnen wir mit einer Zahl der Arbeitslosen von rund 2,85 Millionen nach 2,98 Millionen in diesem Jahr. Dem Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 130 Tausend im Jahr 2012 steht ein durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von rund 250 Tausend gegenüber“, sagte Heise.

Robuste Binnennachfrage, Ausfuhr gewinnt im Verlauf 2012 an Schwung

Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2011 und 2012 jeweils um 3,3 Prozent zu. Nach Abzug des zu erwartenden Preisauftriebs verbleibt damit ein Realeinkommenszuwachs 2011 von rund 1 Prozent und 2012 von rund 1½ Prozent. Niedrige Zinsen und eine relativ günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sprechen trotz der Verunsicherung durch die Schuldenkrise weiterhin für eine relativ hohe Konsumneigung. Wir schätzen, dass die Sparquote 2011 mit 11,1 Prozent leicht niedriger ist als 2010 (11,3 Prozent) und 2012 wieder auf 11,3 Prozent ansteigt. Der reale private Verbrauch nimmt damit sowohl 2011 als auch 2012 voraussichtlich um jeweils 1,2 Prozent zu. Damit käme es immerhin drei Jahre in Folge zu einem realen Anstieg. Die Ausfuhr dürfte nach einer Schwäche im Winterhalbjahr 2011/2012 im weiteren Verlauf von 2012 im Einklang mit dem Welthandel wieder etwas an Schwung gewinnen. Ein verhältnismäßig niedriger Außenwert des Euro unterstützt dabei die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure. Im Zuge der Belebung der Ausfuhr wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich wieder beschleunigen.

Weitere Verbesserung der deutschen Staatsfinanzen

Die staatliche Neuverschuldung, die im vergangenen Jahr wegen öffentlicher Interventionen während der Finanzkrise 2009/2010 auf 106 Mrd. EUR (4,3 Prozent des BIP) kräftig angestiegen war, wird sich in diesem Jahr erheblich vermindern. Das Staatsdefizit beträgt in diesem Jahr voraussichtlich nur noch 1 Prozent in Relation zum BIP. Die Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos im Jahr 2012 hängt in starkem Maß von der Konjunktur ab. Bei einem moderaten wirtschaftlichen Wachstum – wie von uns erwartet – dürfte sich die Lage der Staatsfinanzen tendenziell weiter bessern. Wir rechnen 2012 mit einem Anstieg der Einnahmen um 3 Prozent und einem Anstieg der Ausgaben um reichlich 1½ Prozent. Im Zuge dessen sinkt das Staatsdefizit von 26 Mrd. EUR in diesem Jahr auf rund 10 Mrd. EUR im nächsten Jahr – das wären lediglich noch 0,4 Prozent des BIP.

Perspektiven der Währungsunion

Die Ökonomen der Allianz gehen in ihrem Basisszenario davon aus, dass es in den nächsten Monaten gelingt, die Staatsschuldenkrise unter Kontrolle zu halten. Auch wenn die

Märkte weiter nervös bleiben, kommt es weder zu einer offenen Bankenkrise noch zu einer gravierenden Ansteckung von Italien oder Spanien. Trotz wiederholter Zwischenrufe, die einen weitergehenden Schuldenschnitt für Griechenland fordern, hält die Troika Kurs und konzentriert sich stattdessen auf die Durchsetzung der versprochenen Reformen; der Pakt zur Beteiligung der privaten Gläubiger wird nicht wieder aufgeschnürt. Vor diesem Hintergrund einer Stabilisierung der Märkte kann die Politik ihren Masterplan der sukzessiven Vertiefung des Euro-Raums weiter verfolgen.

Auch wenn dieses Szenario einer evolutionären Weiterentwicklung der Währungsunion eine hohe Wahrscheinlichkeit hat, können andere, krisenhafte Entwicklungen nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt umso mehr für den Fall, dass der leichte konjunkturelle Rückenwind in einen scharfen Gegenwind umschlagen sollte. Käme es zu einer starken Zuspitzung der Krise – die für das Scheitern des bisher verfolgten Ansatzes der Krisenbekämpfung durch eine bedingte Kreditgewährung stände – würde auf allen Seiten die Bereitschaft zu radikalen Lösungen fördern. In dieser Lage verbliebe nur noch die Auflösung der Währungsunion oder die Einführung von Eurobonds, d.h. die sofortige Vergemeinschaftung der Schulden, um den betroffenen Ländern wieder Zugang zum Kapitalmarkt zu verschaffen. Während Eurobonds die Währungsunion kurzfristig stabilisieren, können sie längerfristig auch zu Konflikten und schwindender Akzeptanz des Euro führen. Denn wenn einer schnellen, vielleicht überhasteten Einführung einer europäischen Haftungsgemeinschaft keine entsprechenden Kontroll- und Durchgriffsrechte und keine verbindlichen Regeln in der Finanzpolitik gegenüberstehen, dürfte die Ablehnungsfront wachsen. Die politische Auseinandersetzung würde an Heftigkeit zunehmen. Langfristig wäre damit ein Auseinanderbrechen der Währungsunion auch mit Eurobonds keineswegs ausgeschlossen. Das Extremszenario eines Scheiterns der Währungsunion hätte für Deutschland gravierende Auswirkungen. „Nach unseren Berechnungen würde ein Scheitern der Währungsunion Deutschland 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und mindestens eine Million Arbeitsplätze kosten“, sagte Heise.

Wachstum wichtiger weltwirtschaftlicher Regionen Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in %

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
Industrieländer	2,7	2,4	-0,1	-4,0	2,6	1,4	1,8
Europäische Union	3,3	3,0	0,5	-4,2	1,8	1,8	1,5
Euro-Raum	3,1	2,9	0,4	-4,1	1,7	1,7	1,4
Deutschland	3,7	3,3	1,1	-5,1	3,7	3,0	1,5
USA	2,7	1,9	-0,3	-3,5	3,0	1,6	1,8
Japan	2,0	2,4	-1,2	-6,3	4,0	-0,4	2,4
Emerging Markets	7,9	8,3	5,5	1,4	7,3	6,1	5,6
Asien	9,7	10,7	6,9	5,9	9,5	7,8	7,3
Lateinamerika	5,4	5,8	4,2	-2,0	6,0	4,0	3,9
Osteuropa	7,5	7,5	4,5	-6,1	3,2	3,6	3,7
Welt	4,1	4,1	1,6	-2,3	4,1	2,9	3,1

1) Prognose.

Quellen: EcoWin, eigene Prognosen.

Die Studie finden Sie auf unserer Homepage unter www.group-economics.allianz.de unter der Rubrik Publikationen/Working Papers.

München, 5. Oktober 2011

Ansprechpartner für Rückfragen:

Dr. Lorenz Weimann Tel. 069.263-18737

Die Einschätzungen stehen wie immer unter den nachfolgend angegebenen Vorbehalten.

Über die Allianz Gruppe

Die Allianz ist zusammen mit ihren Kunden und Vertriebspartnern eine der stärksten Finanzgemeinschaften. Über 76 Millionen Privat- und Unternehmenskunden setzen auf Wissen, globale Reichweite, Kapitalkraft und Solidität der Allianz, um finanzielle Chancen zu nutzen, Risiken zu vermeiden und sich abzusichern.

2010 erwirtschafteten 151.000 Mitarbeiter in 70 Ländern einen Gesamtumsatz von 106,5 Milliarden Euro und erzielten ein operatives Ergebnis von 8,2 Milliarden Euro. Die Leistungen an Kunden summierten sich auf 91,4 Milliarden Euro.

Dieser Geschäftserfolg mit Versicherungs-, Asset Management- und Assistance-Dienstleistungen fußt zunehmend auf dem Kundenbedarf nach krisenfesten Finanzlösungen für die alternde Gesellschaft und die Herausforderungen des Klimawandels. Transparenz und Integrität sind wesentliche Elemente einer nachhaltigen Unternehmensführung der Allianz SE.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Soweit wir in diesem Dokument Prognosen oder Erwartungen äußern oder die Zukunft betreffende Aussagen machen, können diese Aussagen mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, vor allem in Allianz Kerngeschäftsfeldern und -märkten, aus Akquisitionen sowie der anschließenden Integration von Unternehmen und aus Restrukturierungsmaßnahmen ergeben. Abweichungen können außerdem aus dem Ausmaß oder der Häufigkeit von Versicherungsfällen (zum Beispiel durch Naturkatastrophen), der Entwicklung der Schadenskosten, Stornoraten, Sterblichkeits- und Krankheitsraten beziehungsweise -tendenzen und, insbesondere im Bankbereich, aus der Ausfallrate von Kreditnehmern resultieren. Auch die Entwicklungen der Finanzmärkte (z.B. Marktschwankungen oder Kreditausfälle) und der Wechselkurse sowie nationale und internationale Gesetzesänderungen, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Regelungen, können entsprechenden Einfluss haben. Terroranschläge und deren Folgen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen. Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

Keine Pflicht zur Aktualisierung

Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, die in dieser Meldung enthaltenen Aussagen zu aktualisieren.